

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1871

6.12.1871 (No. 296)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 6. Dezember.

N. 296.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 8 kr. u. 2 fl. 4 kr. Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1871.

Telegramme.

† Berlin, 4. Dez. Im ganzen Umkreise des Orléans-Expeditions in Frankreich ist der Belagerungsstand proklamiert worden. Verbredene gegen deutsche Soldaten werden durch deutsche Militärgerichte abgeurtheilt. — Der Kaiser hat heute um 4 Uhr den Bischof von Straßburg empfangen.

† Brüssel, 4. Dez. Wie „Echo du Parlement“ erzählt, stößt die Bildung des neuen Kabinetts auf Schwierigkeiten. Die Mitglieder der Rechten, welche sich bisher zur Annahme eines Portefeuilles bereit erklärt haben, sind Malou, Thoisien und Kint de Noordenboe.

† London, 3. Dez. Der Prinz von Wales hat auch die verfloßene Nacht ruhig zugebracht. Der Verlauf der Krankheit ist ein durchaus günstiger.

Deutschland.

Aus dem Elsaß, 1. Dez. (Allg. Z.) Mit größtem Geheimniß war monatelang eine Monstrierpetition an den Deutschen Kaiser von Pfarrhaus zu Pfarrhaus gewandert, bis sie mit 800 Unterschriften versehen durch den Bischof von Straßburg persönlich (?) in Berlin überreicht werden konnte, ohne daß die öffentlichen Blätter etwas davon verriethen. Da die Petition so lange ohne Antwort blieb — sie scheint nämlich an die Regierung in Straßburg zurückgeschickt worden zu sein — glaubte neuerdings die „Germania“ sie veröffentlichen zu müssen. In der That, die Forderungen, die sie aufstellt — völlige Beherrschung der Schulen und der Wohlthätigkeitsanstalten durch den Klerus, Gründungs- und Ausbreitungsfreiheit aller Orden, Pressefreiheit für ultramontane Interessen — sind so maßlos, daß die Hälfte davon genügt, um das Elsaß von den Jesuiten zu überreifen. Die Regierung hat sich darum begnügt, auf indirekte, aber deutliche Weise zu antworten, dadurch daß sie verschiedene Gemeinden, die auf klerikale Aufforderung hin ihre Schulen den Ordensbrüdern übergeben wollten, abschlägig beschied (während das französische Gesetz hierin den Gemeinden freie Hand ließ), und das in Niederelsaß geleseste deutsche Blatt, die ultramontane „Abendpost“, gestern erst untersagte. Auch die katholischen Privatschulen und Seminarien werden nun einer strengeren Aufsicht unterworfen. — Die vor einem Vierteljahr eingeführte Parität der Lehrerseminarien erweist sich nunmehr, wie wir es gleich am Anfang besürchteten, als unpraktisch. Es ist gut, daß Hr. v. Müller in diesem Punkte die nöthigen Vollmachten besitzt. In Sachen der lutherischen Kirche hat Hr. v. Müller keine Vollmacht erhalten; der provisorische Zustand dürfte also noch längere Zeit dauern. — Das langersehnte Definitivum in der Landesverwaltung rückt immer weiter, je mehr man sich ihm zu nähern glaubt. Für den 1. Januar hat man schon die Hoffnung aufgegeben und rehet von einem mittlerweile einzuführenden „provisorischen Definitivum“. — Auf den Plan, die Präsektur Kolmar einzugehen zu lassen, ist man jetzt zurückgekommen. — Die aus den verschiedenen Kreisdirektionen einlaufenden Stimmungsberichte bekunden seit einigen Wochen einen erfreulichen Fortschritt. Auf dem Lande, nördlich von Straßburg, läßt die Stimmung kaum etwas zu wünschen übrig. Nur das am Anfang verhängelte Straßburg gibt viel zu schaffen. Die Opposition stellt sich auf die Hinterfüße. Bezeichnend ist der Ton der nun periodisch, aber verheerend erscheinenden Blätter der „Vigue d'Alsace“. Sie fordern nur noch die Städtebevölkerung auf, die Ehre des Elsaßes zu retten, und geben deutlich genug die Landbevölkerung auf.

H München, 4. Dez. Der Kultusminister v. Luz ist gestern von Berlin hier eingetroffen; die Ankunft des Finanzministers v. Freytag wird bis längstens künftigen Mittwoch erwartet. — Die Nachricht, daß der bisherige Gesandte am hiesigen Hofe, Baron Brück, in Bälde abzurufen werden soll, erhält dadurch ein besonderes Relief, daß derselbe zur ultramontanen Partei zählt und seine Entfernung also ein Fingerzeig dafür wäre, daß der neue Herr. Reichstanzler mit derselben nichts zu schaffen haben will. — Durch einen gestern erschienenen Armeebefehl wurden 181 Offiziersaspiranten 1. Klasse (Junfer) zu Unterleutnant befördert und zahlreiche Versetzungen und Pensionirungen in der Armee vorgenommen. — Da heuer der sog. akademische Gottesdienst in der Ludwigs-Kirche dahier in Folge des Kirchenstreits weggefallen ist, so hat sich eine Anzahl „katholischer“ Studenten zu einer Protestadresse an den akademischen Senat vereinigt und darin zugleich die Bitte um Wiederherstellung dieses Gottesdienstes ausgesprochen.

München, 4. Dez. (A. Z.) Immer auffälliger wird die Stellung, welche die hiesige Nuntiatoren zu allen unserer Regierung feindlichen Elementen einnimmt und welche ganz geeignet ist — um uns keines andern Ausdrucks zu bedienen — die Schwierigkeiten ihrer Lage nur noch zu vermehren. Ob das die Aufgabe einer Gesandtschaft ist, darüber mögen bei Verschiedenen verschiedene Ansichten be-

stehen; eine andere Frage aber ist: ob eine Regierung es sich auf die Länge gefallen lassen wird, daß ihr Fremde im eigenen Land eine Art von Nebenregierung auf den Rücken legen, und zwar mit einer Anmaßung, als ob sie das volle Recht dazu hätten.

Leipzig, 1. Dez. Die Sozialdemokraten Bebel, Liebert und Heppner zu Leipzig wurden auf staatsanwaltschaftlichen Antrag von der Anklagekammer des I. Bezirksgerichts zu Leipzig wegen Vorbereitung des Hochverrats vor das Geschworenengericht verwiesen. Hiergegen ergriffen dieselben das Rechtsmittel der Nichtigkeitsbeschwerde, weil das ihnen beigegebene das Verbrechen der Hochverrats-Vorbereitung nicht ausmache und überhaupt nicht unter das Strafgesetz falle. Das I. Oberappellationsgericht zu Dresden hat aber die beschworene Nichtigkeitsbeschwerde als unbegründet verworfen und der schwurgerichtlichen Verhandlung ist in dem ersten Quartale des Jahres 1872 entgegenzusehen.

Berlin, 3. Dez. Nach der eben vertheilten Zusammenstellung des Präsidenten Simon sind dem Reichstage in der abgelaufenen Sitzungsperiode von Seiten des Bundespräsidiums im Ganzen 27 Vorlagen gemacht worden, und zwar 23 Gesetzentwürfe, 2 Verträge und 2 anderweitige Vorlagen, welche sämmtlich durch die Beschlüsse des Reichstags erledigt worden sind, resp. die verfassungsmäßige Zustimmung erhalten haben. Von den Mitgliedern des Reichstags sind 5 selbständige Anträge und 9 Interpellationen gestellt worden, welche im Plenum sämmtlich erledigt worden sind. Die Zahl der eingegangenen Petitionen beträgt 367. Davon sind 19 dem Hrn. Reichstanzler überwiesen, 60 durch die über bezügliche Gesetzentwürfe und Anträge gefaßten Beschlüsse für erledigt erklärt, 29 durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, 140 zur Erörterung im Plenum nicht für geeignet erachtet, 2 von den Petenten wieder zurückgegeben und 117 wegen Schlußes der Session unerledigt geblieben. Von den Kommissionen und Abtheilungen sind im Ganzen 21 schriftliche und 8 mündliche Berichte erstattet worden. Bei den Wahlsprüngen wurden 14 Wahlen für gültig und 3 Wahlen für ungültig erklärt, 2 Wahlen sind ungeprüft geblieben. 6 Mandate sind zur Zeit erledigt. Der Reichstag hielt 36 Plenarsitzungen. Die Kommissionen und Abtheilungen haben zusammen 116 Sitzungen gehalten.

Oesterreichische Monarchie.

Innsbruck, 1. Dez. (Presse.) Wehrpflichtige Landessöhne verweigern mehrfach, besonders im Pustertale, in Folge klerikaler Hekerrei den Eid bei den Kontrollversammlungen.

Prag, 2. Dez. Der Statthalter von Böhmen, Baron Koller, hat ein Schreiben an die I. l. Bezirkshauptmänner in Böhmen gerichtet, worin es heißt:

Ich rechne mit Zuversicht darauf, daß der Hr. Bezirkshauptmann dafür Sorge tragen wird, daß alle Ihrer Zeitung unterstehenden Organe sich von dem regeren Dienstleister durchbringen lassen. Gleichwie ich auf eine nach jeder Richtung hin unparteiische Amtsführung besonderen Nachdruck legen muß, so muß ich andererseits mit aller Entschiedenheit auch die unerlässliche Nothwendigkeit betonen, den bestehenden Gesetzen und Vorschriften immer und überall Achtung und strikte Befolgung zu sichern. Die HH. Amtsvorstände werden mich stets bereit finden, Alles zu thun, was die Lösung der ihnen zugewiesenen Aufgabe irgendwie zu erleichtern vermag. Ich erwarte die schleunigste Meldung über alle wichtigeren Vorfälle, muß den Hrn. Bezirkshauptmännern aber auch dringend erlauben, mich von allen, die materiellen und geistigen Interessen der Bevölkerung berührenden wichtigeren Fragen und diebezüglichen Wünschen durch ein meine Person adressirte und zu meiner eigenen Eröffnung bezichnete Verichte in steter Geldenz zu erhalten.

Italien.

Rom, 28. Nov. (Köln. Z.) Victor Emanuel hat wohl nie einen Tag voll so vieler Huldigungen erlebt als gestern bei der Kammereröffnung, denn Alles, was für die nationale Einheit ist, war von Freude elektrisirt, die ganze Stadt, den Vatikan ausgenommen, trug den schönsten Festschmuck. Die Thronrede des Königs hatte die hergebrachte Fassung, wurde aber mehr als je durch den lauteften Beifall belohnt, besonders wo er mit fester, Allen vernehmlicher Stimme sprach: „Die Arbeit meines Lebens ist heute vollbracht... wir haben unsere Stellung unter den Völkern erobert, die nationale Einheit ist vollendet... eine neue Zeit ist angebrochen... wir werden unsere Grundsätze nicht verläugnen... Staat und Kirche sind von einander getrennt... obgleich Hauptstadt Italiens, wird Rom der geachtete Sitz des Pontifikats bleiben... die nächste Sorge sei für ein glückliches Gedeihen des nationalen Lebens.“ — In dem über die Incamerirung des Klosterguts gehaltenen letzten Ministerrath ist man zu einem Entschlus gekommen. Das Gesetz von 1867 ist auch auf Rom anzuwenden, in sofern die Stiftungen rein italienischer Provenienz sind. In Betreff der Klöster und milden Stiftungen, wo internationale Interessen zu sichten wären, und betreffs der fremden will man vorläufig nichts ent-

scheiden. — Hr. Visconti-Venosta faßt eine besondere Genugthuung, in diesem Augenblicke sagen zu können, das Kabinet des Königs stehe mit allen Mächten Europa's in freundschaftlichen Beziehungen; er geräth außer sich, wenn er daran denkt, daß der internationale Theil der Klosterangelegenheit, eben jetzt von den Kammern vorgenommen, diese guten Beziehungen fördern könnte: es sei kein Unglück, die Frage fünf Monate später zu erledigen.

Rom, 2. Dez. Die Publikation einer päpstl. Encyklika gegen die am 27. Nov. hier selbst erfolgte Installation des italienischen Parlamentes wird nächster Tage erfolgen. Das Schriftstück wurde im Auslande zum Druck übergeben, damit es den Anschein habe, als fehle es dem Papste in Rom an der nöthigen Freiheit dazu.

Florenz, 2. Dez. Der deutsche Gesandte, Graf Brassier de St. Simon, ist noch immer unwohl; sein beabsichtigter Rücktritt von dem Gesandtschaftsposten am römischen Hofe wird in Italien allgemein sehr bedauert. — Marchese Caracciolo di Bella, der italienische Gesandte in Petersburg, ist gestern auf seinen Posten zurückgekehrt. Entgegen einem officiösen Dementi gilt jedoch als bestimmt, daß er demnächst schon seine aus Gesundheitsrückichten erbetenen Abberufungsschreiben überreichen wird.

Frankreich.

Paris, 4. Dez. (Zitt. Bl.) Bei der Kammereröffnung waren ungefähr 400 Abgeordnete anwesend. — Auf ausdrücklichen Wunsch des Ministers des Innern ist die Deportation Rochefort's nach Caledonien angeordnet. — „Journ. des Deb.“ schreibt: Zwischen der italienischen Regierung und einer Bankiersgruppe ist ein Vertrag (vorbehaltlich Parlamentzustimmung) abgeschlossen, wornach die Zölle und die Otkrois in Bankierregie übergangen und die Regierung 350 Millionen vorgeschossen erhält.

Belgien.

Brüssel, 3. Dez. (Köln. Z.) Nachdem vorgestern Abend die Entlassung des Ministeriums b'Anethan bekannt geworden war, sammelte sich eine große Menschenmenge unter dem Ballaste und brachte dem Könige enthusiastische Hochrufe. Gestern fuhr der König durch die Hauptstraßen der Stadt und wurde überall mit lebhaften Zurufen begrüßt. Wenn auf diese Weise die liberale Einwohnerschaft Brüssels dem Könige ihren Beifall zu erkennen gibt, so ist die klerikale Presse um so ungehaltener und leistet wirklich Unglaubliches in ungemessenen Ausdrücken; das „Vierpublic“ von Gent z. B. sieht in der Entlassung des Ministeriums eine Willkürhandlung des Königs und droht, daß diese leicht der Dynastie zum Schaden gereichen könne, und die „Patrie“ von Brügge wirft dem Könige Feigheit vor, weil er der Brüsseler Emute nachgegeben habe.

Niederlande.

Rotterdam, 28. Nov. (Schw. M.) Die Wuth der Ultramontanen über die von der Zweiten Kammer beschlossene Einziehung des niederländischen Gesandtschaftspostens beim h. Stuhl läßt sich mit Worten nicht beschreiben. Ihre einzige Hoffnung beruht nunmehr auf der Ersten Kammer, und, wenn auch diese den Beschluß der Zweiten zu dem ihrigen machen sollte, auf dem König selbst. „Und du, König von Niederland, wirst du uns, deine Vendenker, in dieser Weise höhnen und ins Gesicht schlagen?“ lautet der schmerzvolle Aufschrei eines klerikalen Organes. Die volle Wuth der Klerikalen und der mit ihnen Hand in Hand gehenden Konserverativen konzentriert sich auf Thorbecke, dem sie offen vorwerfen, daß er hinter dem Rücken seines Kollegen, des Ministers Gerrits van Herwynen, gegen die ministerielle Vorlage intrigirt habe. Kein Mann in ganz Holland hat so viel für die Emanzipation der Katholiken gethan, als er, und keiner wird jetzt von der klerikalen Presse täglich mehr beschimpft.

Badischer Landtag.

† Karlsruhe, 5. Dez. 7. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitze des Präsidenten Kirsner.

Am Regierungstische: Geh. Referendar Walli, Ministerialrath Frey und Ministerialrath Kilian; später Ministerialpräsident v. Freyborf, Ministerialpräsident v. Dusch, Geh. Referendar Wuth und Ministerialrath Turban.

Nach Eröffnung der Sitzung hält Präsident Kirsner folgende Ansprache:

„Zunächst habe ich dem hohen Hause mitzutheilen, daß gestern Mittag 1/2 Uhr Ihre mit der Ueberreichung der Adresse auf die Thronrede beauftragte Deputation von Sr. Königl. Hoheit dem Großherzog in Gegenwart des Großstaatsministeriums huldvollst empfangen wurde.“

Nach Verlesung der Adresse sprachen Sr. Königl. Hoheit in den gnädigsten Worten aus, wie sehr es Allerhöchste mit freudiger Genugthuung erfülle, die völlige Ueberein-

stimmung der Volksvertretung mit den in der Thronrede ausgesprochenen Ueberzeugungen zu vernehmen.

Se. Königl. Hoheit erkennen hieraus, daß die Volksvertretung den seit dem letzten Landtage vollzogenen Bestrebungen Seiner Regierung sich freudig angeschlossen habe. Dadurch sei Seine Hoffnung befestigt, daß ein gleiches Vertrauen auch der künftigen Arbeit entgegenkomme und daß der in der Adresse kundgegebene schöne Geist des Friedens für das Land und für uns Alle gesegnete Früchte tragen werde.

Schließlich beauftragten mich Se. Königl. Hoheit, dem Hause für diesen Ausdruck ergebener Gesinnung Seinen wärmsten Dank zu übermitteln.

Es wurde hierauf der neuerngetretene Abg. Dr. v. Hum beibigt.

Präsident Kirsner theilt mit, daß ihm eine Anzahl von Exemplaren einer Broschüre des Prof. Binbig in Freiburg, über den Antagonismus des deutschen Strafgesetzbuchs und des babilischen Einführungsgegesetzes zur Verteilung an die Mitglieder des Hauses von dem Verfasser überlesen worden seien.

Bei der nun folgenden zweiten Lesung des Gesekentwurfs, die Holzmaße betr., drückt

Abg. Frey zu § 2 den Wunsch aus, daß die Aufbereitung des Eichen-Nußholzes auch fernerhin nach dem bisherigen Maße geschehen dürfe, da das Metermaß für verschiedene Sorten des Nußholzes, z. B. Faßbänken, unpraktisch sei.

Ministerialrath Kilian: Es sei schon bisher eine Bestimmung im Forstgesetz enthalten gewesen, wornach unter gewissen Umständen eine Dispensation von dem gesetzlichen Maße eintreten könne. Diese Bestimmung sei in der schon ausgearbeiteten Verordnung wiederholt und dadurch dem vom Abg. Frey ausgebrachten Wunsche Genüge geleistet worden.

Ministerialpräsident v. Dusch: Ich habe die Ehre, dem hohen Hause den mit der Königl. bayerischen Regierung über verschiedene Eisenbahn-Anschlüsse abgeschlossenen Staatsvertrag in allerhöchstem Auftrage vorzulegen.

Dieser Staatsvertrag bezieht sich auf Eisenbahn-Verbindungen zwischen Wertheim und Lohr, zwischen Wittenberg und Sedach oder Osterburken, zwischen Heidelberg und Speier über Schwetzingen, zwischen Bruchsal und Germersheim, endlich zwischen Karlsruhe, Winten und Berggaden, welche letztere Verbindung nach dem Vertrag von der Königl. bayerischen Regierung herzustellen ist.

Die Herstellung der beiden erstgenannten Bahnlinien hat binnen zehn Jahren, die der beiden folgenden binnen zwei und die der letztgenannten binnen fünf Jahren zu geschehen.

Diese Staatsverträge sind noch nicht ratifizirt, und es ist auch nicht die Absicht der großh. Regierung, dieselben zu ratifiziren, bevor die diesseitigen Ständekammern ihre Zustimmung hiezu erteilt haben, obgleich nach der Fassung der Verträge selbst nach geschehener Ratifikation die ständische Zustimmung ausdrücklich vorbehalten bleibt.

Die erwähnten Bauverträge laufen von der Ratifikation der Verträge; es ist deshalb von Interesse, die Ratifikationen möglichst rasch zu bewirken. Insbesondere aber ist es der Wunsch der großh. Regierung, noch vor dem 23. Januar, d. h. innerhalb des in dem Vertrag festgesetzten Ratifikationstermins, die Ratifikationen erteilen zu können.

Es erstattete nun Abg. Paravicini den Bericht der Budgetkommission über die Rechnungsnachweisungen des großh. Handelsministeriums für die Jahre 1868 und 1869.

Zur Rubrik: Centralaufwand für Landeskultur und Landwirtschaft, bemerkt der Berichterstatter, daß die Kommission sich nicht habe der Ansicht verschließen können, daß die für die neue Organisation eines Verwaltungsbezuges, d. h. in vorliegendem Falle zur Anstellung der Kulturingenieure nöthigen Mittel durch vorherige ständische Bewilligung hätten gedeckt werden sollen.

Ministerialrath Turban: Ich bin in dieser Beziehung mit dem Berichterstatter vollkommen einverstanden. Es kann aber der Fall vorkommen, daß eine Organisation durch die Umstände so dringend geboten ist, daß die Regierung ihre Pflicht verletzen würde, wenn sie die Bewilligung der Mittel durch die Ständekammern abwarten wollte. Dieser Fall lag im Jahre 1868 bezüglich der Wiesenkultur vor; aus allen Theilen des Landes waren uns Klagen eingelaufen, die eine neue Organisation als dringend nöthig erscheinen ließen. Das Institut hat sich bis jetzt trefflich bewährt; der bedeutende Kostenaufwand rührt daher, daß man einigen jungen Männern die Mittel gewähren mußte, sich im Auslande, wo diese Organisation schon länger bestand, mit ihrem künftigen Geschäftskreise vertraut zu machen.

Abg. Friderich: Der Vertreter der großh. Regierung hat so eben anerkannt, daß die Bemerkungen der Budgetkommission im Allgemeinen begründet waren. Dieselben konnten nicht umgangen werden, wenn man die ständischen Rechte wahren wollte. Wir anerkennen aber, daß die neue Organisation, die sich überall gut bewährt, und der daher nöthig gewordene Kostenaufwand im allgemeinen Interesse geschehen ist.

Zur Rubrik „Feldbereinigung“ erklärt

Abg. Stöber, daß ihm der Passus der Regierungsmotive, der von dem erfreulichen Fortgang des Feldbereinigungsgeschäftes spreche, nicht ganz klar gewesen sei. Er glaube vielmehr, daß das Geschäft der Feldbereinigung ziemlich langsam vor sich gegangen sei und jeberfalls in den meisten Gemartungen dem Bedürfnisse nicht entspreche.

Redner führt nun eine Reihe von statistischen Angaben über diesen Punkt an.

Ministerialpräsident v. Dusch: Wenn die großh. Regierung von einem erfreulichen Fortgang der Feldbereinigungsgeschäfte gesprochen habe, so habe sie damit jedenfalls

nur den Fortgang dieser Arbeiten im Verhältnis zu den früheren Jahren im Auge gehabt.

Die großh. Regierung sei übrigens damit einverstanden, daß auf diesem Gebiete noch Vieles zu thun übrig bleibe; es sei deshalb eine neue Verordnung über diesen Punkt erlassen worden und er begrüße es mit Freuden, wenn auch die Kreise ihre Mitwirkung eintreten lassen wollten.

Abg. Friderich glaubt, daß die vom Abg. Stöber vorgebrachten statistischen Angaben über die Feldbereinigung im Kreise Karlsruhe dem jetzigen Stand der Sache nicht mehr entsprechen. Die Schwierigkeit bei diesem Geschäft liege übrigens hauptsächlich darin, daß die Landbevölkerung jeder Neuerung abhold sei.

Abg. Sachs: Man könne dem Abg. Stöber nur dankbar sein, daß er die Aufmerksamkeit des Hauses auf diesen wichtigen Gegenstand gelenkt habe.

Uebrigens seien in den oberen Landesgegenenden sehr bedeutende Erfolge mit der Feldbereinigung erzielt worden. Er verweise nur auf die Amtsbezirke Radolfszell und Engen; insbesondere seien die Kulturingenieure diesen Unternehmungen sehr förderlich gewesen.

Abg. Heidenreich glaubt, daß die Notizen des Abg. Stöber nicht bis in die neueste Zeit hinein reichen. Er könne wenigstens für den Amtsbezirk Mühlheim konstatiren, daß das Feldbereinigungsgeschäft dort erfreulichen Fortgang genommen.

Abg. Müller tritt bezüglich des Amtsbezirks Radolfszell den Ausführungen des Abg. Sachs bei.

Abg. Stöber drückt über die eben erhaltenen Mitteilungen seine Befriedigung aus. Was die von ihm vorgebrachten statistischen Angaben betreffe, so stützen sich dieselben auf die Jahresberichte der Landeskommissäre vom Jahre 1870 und verdienen also als solche alle Glaubwürdigkeit. Auch er wisse, daß der konservative Sinn der Landbevölkerung sich gegen alle Neuerungen ablehnend verhalte, aber die Feldbereinigung sei von so hervorragender Wichtigkeit, daß man von allen Seiten bemüht sein müsse, die Landleute für die Neuerung zu gewinnen.

Abg. Friderich glaubt, daß gerade durch die heutige Diskussion die Mehrzahl der Kulturingenieure vollkommen gerechtfertigt worden sei, und wünscht nur, daß in allen den Gemeinden, in denen die Katastervermessung noch im Gange, jezt schon die Feldbereinigung vorgenommen werden solle.

Bei der Rubrik „Landesgestüte“ macht

Abg. Hans Jakob darauf aufmerksam, daß die Benutzung des Landesgestüts in bedauerlicher Weise abgenommen habe.

Ministerialpräsident v. Dusch erwiedert, daß dies zum Theil mit der Errichtung von Privatgestüts zusammenhänge. Die Pferdezahl in unserem Lande habe nicht abgenommen, das beweisen die Erfahrungen bei Beginn des letzten Krieges.

Abg. Kober glaubt, daß der richtige Zeitpunkt, Änderungen in dieser Angelegenheit zu bewirken, die Aufstellung des Budgets sein werde.

Bei der Abstimmung wurden auf Antrag der Kommission die Nachweisungen für unbeanstandet erklärt.

Abg. Sachs erstattete Bericht über die Rechnungsnachweisungen des großh. Justizministeriums für 1868/69. Zu der Rubrik „Strafanstalten“ stellte

Abg. v. Feder an die großh. Regierung die Anträge, ob der im Zellengefängnis in Bruchsal epidemisch gewesene Scharlach etwa von der Kost herrühre oder doch künftig durch Einführung besserer Kost vermieden werden könne.

Geh. Referendar Walli: Man habe die Ursachen der fraglichen Epidemie nicht feststellen können. Die Kost, die die Gefangenen in Bruchsal erhielten, sei besser als in irgend einer andern Strafanstalt in Deutschland. Die Gefangenen bekamen jeden andern Tag je 6 Loth Fleisch und alle Tage Fleischsuppe. Die Entstehung der Krankheit hänge nach den Ansprüchen der Aerzte eher mit andern Einflüssen zusammen, die mit der Gefangenschaft nothwendig verbunden seien. Es sei begründlich, daß die Mehrzahl der Gefangenen vor Eintritt in die Strafanstalt eine andere Lebensweise führten, als dies in der Strafanstalt möglich sei.

Abg. Neumann ist auch der Ansicht, daß nicht die Kost die Ursache der fraglichen Epidemie gewesen sein könne.

Abg. v. Feder ist durch die Erklärung des Regierungskommissärs beruhigt.

Bei der Schlussabstimmung wurde der Antrag der Kommission, die Rechnungsnachweisungen als unbeanstandet zu erklären, einstimmig angenommen.

Abg. Kimig berichtet über die Rechnungsnachweisungen des großh. Staatsministeriums, des großh. Ministeriums des großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten pro 1868/69.

Abg. v. Feder vermischt eine nähere Begründung bezüglich der Ueberschreitung des Budgets für Ordensverleihungen.

Ministerialpräsident v. Freydrick erklärt, weder berufen noch vorbereitet zu sein, die Rechnungsnachweisungen des großh. Staatsministeriums hier zu vertreten. Er wolle nur nach Analogie einer früheren Erklärung des großh. Finanzministers bemerken, daß die Verleihung der Orden ein Kronrecht sei, dessen Ausübung sich der Einwirkung des Staatsministeriums entziele.

Bei der Schlussabstimmung werden auch diese Rechnungsnachweisungen nach dem Antrag der Kommission als unbeanstandet erklärt.

++ Karlsruhe, 5. Dez. 8. Öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Donnerstag 7. Dezember, Vormittags 10 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Mündliche Erstattung und Beratung des Berichtes des Abg. Wittum über die Rechnung, die Kosten des ordentlichen Landtags 1869/70 und und des außer-

ordentlichen Landtags von 1870 betreffend. 3) Erste Berathung des Gesekentwurfs, die Einführung der deutschen Gewerbeordnung im Großherzogthum betreffend.

Schriftzeichen für die abgefuhrte Bezeichnung der metrischen Maße und Gewichte.

Die mit dem nächsten Jahre in Wirksamkeit tretende neue Maß- und Gewichtsordnung hat der Abgeordneten-Versammlung des Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine, welche jüngst zu Berlin getagt hat, Veranlassung gegeben, über diejenigen Maßregeln zu berathen, welche zur gleichmäßigen und praktischen Handhabung des neuen Systems erforderlich scheinen. Außer mehreren dahin gehörigen Anordnungen für das spezielle Gebiet der Technik kam es darauf an, Zeichen für Schrift und Druck zu finden, welche bei möglicher Kürze keine Verwechslung zulassen und sich dem Gedächtniß leicht einprägen. Dergleichen Zeichensysteme sind schon mancherlei vorgeschlagen, und haben in Deutschland eine eben jezt herrschende Willkür und Verwirrung hervorgerufen, welche leider durch den Buchhandel gefördert, für das Publikum den Gebrauch der gesetzlichen Benennungen nur erschweren kann.

Der Verband der deutschen Architekten- und Ingenieur-Vereine stellt sich daher als die größte technische Körperschaft in Deutschland berufen, den noch ungeschlossenen oder rathlosen Behörden und anderen technischen und wissenschaftlichen Kreisen ein Vorbild zu geben und dadurch eine möglichst rasche Normirung der Frage herbeizuführen. Ohne auf die mannichfaltigen Vorschläge, die Gründe für und gegen dieselben näher einzugehen, wollen wir im Folgenden kurz die Resultate der Berathung mittheilen.

Die Bezeichnung der metrischen Maße und Gewichte wird stets hinter die letzte Ziffer der betreffenden Zahl gesetzt, mag dieselbe eine ganze, eine gemischte Zahl oder ein Decimalbruch sein. Sämmtliche Schriftzeichen werden in Exponentenform (über die Linie) geschrieben, mit Ausnahme des Zeichens □ für Quadrat und des Zeichens Kd für Kubik, welche in der Größe der Ziffern und auf der Linie derselben eingeschoben werden.

Die am häufigsten gebrauchten kleineren Grundeinheiten werden durch kleine lateinische Buchstaben bezeichnet, und zwar Meter durch m, Liter durch l, Gramm durch g, Kilogramm durch k. Die mit selbständigen Namen benannten größeren Maße und Gewichte werden durch große lateinische Buchstaben bezeichnet, nämlich Meile durch M, Ar durch A, Zentner durch Z, Tonne durch T.

Alle übrigen als Vielfache oder Theile der Grundeinheiten benannten Maße und Gewichte werden bezeichnet, indem vor das Zeichen der Grundeinheit ein entsprechendes zweites Buchstabe hinzugefügt wird. Für die Vielfachen dienen die Buchstaben M, K, H, D, entsprechend den griechischen Benennungen des metrischen Systems Myria, Kilo, Hekto, Dekka; für die Theilgrößen die Zeichen a, d, m, als Anfangsbuchstaben der aus dem Lateinischen genommenen Wörter Deci, Centi, Milli.

Aus diesen Vorschriften setzt sich nun folgendes Schema zusammen: Längenmaße: m Meile, km Kilometer, dm Dekameter, m Meter, am Dezimeter, cm Centimeter, mm Millimeter. Flächenmaße: □ Quadratmeile, HA Hektar, A Ar, □m Quadratmeter.

Körpermaße: Kbm Kubikmeter, Hektoliter, l Liter, al Deziliter.

Gewichte: T Tonne, Z Zentner, k Kilogramm, Ds Dekagramm, g Gramm.

Man schreibt demnach in Schrift oder Druck 1,72 Meter in abgekürzter Form: 1,72m; ferner 0,046 Quadratcentimeter: 0,046 □m, u. s. w. Der Gebrauch des Buchstabens m in Centimeter u. s. f. ist Folge der gesetzlichen Nomenclatur, welche die früher übliche Schreibweise Centimeter in einer vielleicht nicht ganz zweckmäßigen Weise umgeändert hat, aber nun eben durchgeführt werden muß.

Die gewählten Bezeichnungen sind zwar zunächst zum Gebrauch der Techniker bestimmt, werden sich aber auch beim großen Publikum um so schneller einbürgern, je konsequenter sie in technischen Schriften angewendet werden. Es ist zu hoffen, daß die Behörden und wissenschaftlichen Institute in Deutschland, denen jene Bezeichnungsweise schon in hohem Maße im Interesse einer möglichst schnellen Einigung anstehen.

Badische Chronik.

✓ Karlsruhe, 4. Dez. Es ist in diesem Blatte bereits über den Gang berichtet worden, den die Verhandlungen zur Gründung eines badischen Invalidenvereins genommen haben. In der gestrigen Versammlung des Landesauschusses, auf welchen 33 Bezirksvereine vertreten waren, hat sich der badische Landesverein der Kaiser-Wilhelms-Stiftung für deutsche Invaliden, unter dem Protektorat Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs, endgültig konstituirte und sich ein definitives Statut gegeben.

Die Anregung zur Gründung des badischen Landesvereins hatte bekanntlich die Sammlung zur Feier des 9. Sept. im vorigen Jahr gegeben; seine provisorische Konstituierung, auf Grund provisorischer Statuten, war in der Landesversammlung vom 22. Jan. d. J. erfolgt. Ein von derselben gewählter provisorischer Verwaltungsrath hatte, nachdem der Großherzog den Statuten seine Genehmigung erteilt und das Protektorat über den Verein übernommen hatte, die einseitige Verwaltung des Landes-Centralfonds besorgt und die vorbereitenden Schritte zur endgültigen Konstituierung des Landesvereins gethan. Der provisorische Verwaltungsausschuss hatte in letzterer Beziehung im Wesentlichen eine dreifache Aufgabe: einmal in den einzelnen Bezirken des Landes die Gründung von Bezirksvereinen anzuregen und den Anschluß der schon gebildeten Bezirksvereine an den Landesverein zu veranlassen; sodann mit dem Centralverein in Berlin Verhandlungen über den Anschluß des badischen Landesvereins an die deutsche Kaiser-Wilhelms-Stiftung zu führen, und endlich, nachdem von verschiedenen Seiten in mehr oder weniger bestimmter Weise Einsprüche gegen die provisorischen Statuten mit ihren die Selbständigkeit der Bezirksvereine beschränkenden Bestimmungen erhoben worden waren, neue Grundlagen vorzuschlagen, die Aussicht auf die Ausdehnung des badischen Landesvereins über alle Bezirke des Landes bieten und die Gefahr der Sonderstellung einzelner Bezirke wirksam beseitigen konnten. Es würde zu weit führen, sollten wir die Gründe mittheilen, die eine frühere Berührung des Landesauschusses zur Beschlußfassung über den vom provisorischen Verwaltungsrath den Bezirksvereinen zugestellten neuen Entwurf definitiver Statuten (vom 28. Aug. d. J.) unmöglich machten.

Dieser neue Entwurf lag den gestrigen Berathungen zu Grunde.

Einigkeit durch Mittheilungen des zum Vorsitzenden gewählten Hrn. Oberbürgermeisters Malisch über Vermögensstand und Mitgliederzahl der Bezirksvereine, sowie über die Zahl ihrer Schulpflichtigen, und durch einen von Hrn. Ministerialrath Dr. Binger gegebenen Ueberblick über die seitige Geschichte des badischen Landesvereins, boten die Verhandlungen über die ersten 14 Paragraphen keine Kontroverse von prinzipieller Bedeutung. Der erste feste Wille, im Interesse der gemeinsamen Sache eine endgiltige Einigung der badischen Bezirksvereine herbeizuführen, hat sich auch in der erfreulichsten Weise bei der Frage bewährt, die das Zustandekommen eines das ganze Land umfassenden Vereines gefährden konnte, bei der Frage nach dem Verhältniß der Bezirksvereine zu dem Landesverein. Die gestrige Versammlung hat im Sinne der weitgehendsten Selbstständigkeit der Bezirksvereine in Verwaltung und Vertretung der ihnen zustehenden Mittel entschieden. Für die Ausgleichung von Ungleichheiten, welche daraus zwischen reich dotirten und ärmeren Bezirksvereinen austretende Bürgerchaft. Gerade von Seiten solcher Bezirksvereine, welche über glänzende Mittel verfügen, kamen in dieser Richtung die bestimmtesten Erklärungen zum Ausdruck, die jede Bevorzugung einer unbilligen Bevorzugung der Invaliden reicher Bezirke von ihren Leidensgenossen in ärmeren ausschließen.

Nähere Mittheilung vorbehaltend, führen wir aus den von Hrn. Malisch zur Kenntniß der Versammlung gebrachten statistischen Notizen nur an, daß bis jetzt in 53 Bezirken Bezirksvereine bestehen; in den wenigen Bezirken, welche mit der Bildung von Zweigvereinen noch zurückbleiben, wird, wie zu hoffen steht, dieselbe nun um so weniger Schwierigkeit finden, nachdem der Mitgliederbeitrag auf 30 Kr. (Halt 1 fl.) festgesetzt worden ist. Dagegen scheint der Bezirk Pforzheim in seiner Sonderstellung verharren zu wollen, nachdem sein Vorschlag, die Fürsorge für Invaliden und Hinterbliebene Gefallener auf dem Wege der freiwilligen Selbstbesteuerung durchzuführen, in den übrigen Bezirken des Landes keinen Anklang gefunden hatte. Auf der gestrigen Versammlung war Pforzheim nicht vertreten.

Einen Wirtschaftsplau zum Voraus aufzustellen, war noch nicht möglich, da es erst im Laufe der nächsten Wochen und Monate möglich sein wird, die theilweise noch lückenhaften statistischen Erhebungen zu ergänzen. Das nächste Jahr wird deshalb eine Art Probejahr sein müssen, indem sich erst allmählig bestimmte Grundzüge für die Verwaltung gewinnen lassen werden. Daß der badische Landesverein seiner Mittel in vollem Maße bedürftig sein wird, lassen die bisherigen Erhebungen schon erkennen. Immerhin steht zu hoffen, daß eine sorgfältige und erhöhte Theilnahme der Bevölkerung in allen Landesbezirken an der Invalidenfrage dem badischen Landesverein schon im ersten Jahre die Erfüllung der Ehrenpflicht ermöglichen werde, der Deutschen Kaiser-Wilhelms-Stiftung aus dem reichgelegneten Baden eine Gabe darzubringen.

Die Landesversammlung wählte zu Mitgliedern des Verwaltungsraths die Hrn. Malisch, Binger, Holz und Morhard von Karlsruhe, Schneider von Mannheim, Gaus von Baden, Blum von Heidelberg, Frei von Eberbach und Schuler von Freiburg; zu Ersatzmännern die Hrn. Holz von Mannheim, Spemann von Karlsruhe und Kaß von Gernsbach.

Bei dem Mahle, das Abends einen Theil der Delegirten vereinigte, fanden die Gäste der Hrn. Malisch und Binger auf Se. Königl. Hoheit den Großherzog, den hohen Protektor des badischen Landes-Invalidenvereins, und auf Ihre Königl. Hoheit die Großherzogin Luise, Höchstercr Schutzherrin am gestrigen Tage gefeiert wurde, die freundliche Aufnahme. Der Invaliden und der fürs Vaterland Gefallenen gedachte Hr. Volz in warmen Worten.

Die durch eine frühere Anmeldung des badischen Landesvereins vorbereitete Aufnahme als Zweigverein der Kaiser-Wilhelms-Stiftung für deutsche Invaliden wird nun alsbald erfolgen können.

* Karlsruhe, 5. Dez. Das Resultat der hiesigen Bevölkerungszahl kann selbstverständlich erst nach erfolgter Prüfung der einzelnen Listen angegeben werden. Sind solche richtig, so würde diese Zahl nach der Zusammenstellung 35,973 betragen, also etwa 4000 mehr als vor 4 Jahren.

Mannheim, 3. Dez. (S. Röh.) Etwa 60 durch Bildung und bürgerliche Stellung einflussreiche und ehrenwerte Männer, unter ihnen Oberbürgermeister Binger, Hofrath Jerni, Reichstags-Abgeordneter Gschard, die Prof. Bauer, Sioder, Gfinger, die Aerzte Dr. Siebberger, Dr. Feldhaus, Dr. Jerni, die Kaufleute Röder, Schulz, Hüter, Bender u. haben so eben eine öffentliche Erklärung erlassen, in welcher sie gegenüber der Ueberhebung des Ultramontanismus ihren an der „alten Kirchenverfassung“ und den „in der heiligen Schrift und den kirchlichen Traditionen niedergelegten Glaubensgrundsätzen“ festhaltenden religiösen Standpunkt darlegen. Wird das Unfehlbarkeits-Dogma als unberührbar, das religiöse Gewissen des Einzelnen, wie die staatliche Gemeinshaft erschlaffender Neuerungsvorläufer“ entschieden zurückgewiesen, so verfolgen die Anhänger der alt-katholischen Bewegung den Zweck, auf Grund der theologischen Wissenschaft und im Geiste der alten Kirche eine Reform und eine Reinigung derselben von den zeitlichen Mißbräuchen anzubahnen und vor Allem auch des katholischen Volk zur Theilnahme an der Reinigung kirchlicher Angelegenheiten herbeizuführen.“ In diesem Betreben, heißt es, ist die Gewähr gegeben, das kirchlich-religiöse Leben aus seiner gegenwärtigen Erstarrung und Unfruchtbarkeit zu neuer Thätigkeit und kräftiger Entwicklung erweckt zu sehen. In der ausdrücklichen hervorzuheben Hoffnung auf die Wiedervereinigung, die Verständigung und Besänftigung der getrennten christlichen Kirchen und Konfessionen auf dem Wege der Wissenschaft und der fortschreitenden christlichen Kultur liegt die Bürgerchaft der Erweckung jenes Geistes der Liebe, Duldung und Veröhnung, der nicht verschleppen kann, seine erwachenden Sinesen in die weltliche Kraft zu verwickeln und so die Menschheit selbst ihrer idealen Bestimmung, dem Gottesehnen auf Erden, näher zu führen.“ Der Mannheimer Verein hat sich nun zusammengescharrt, um mit vereinten Kräften und unter Anwendung aller gesetzlichen Mittel diese Grundzüge weiter zu verbreiten und allmählig ins Leben einzuführen. „So allein — heißt es weiter — hoffen wir das kirchlich-religiöse Leben, das unlösbar tiefe Schädigung erlitten hat, und das ohne baldige Abhilfe weiterer Verfallung und Verfallung entgegensteht, zu der ihm gebührenden hohen Stellung wieder zu erheben.“ Der Verein ist sich der Stürme, denen er entgegensteht, bewußt, aber er rechnet auch auf die moralische Unterstützung seiner Mitbürger, sowie auf deren materielle Beihilfe in den Schwierigkeiten, die zu überwinden sind bei der Thätigkeit der Gegner, vor Allem aber bei der

Gleichgiltigkeit und der Entfremdung der großen Mehrzahl unserer Glaubensgenossen für alles kirchliche und religiöse Leben und dessen Bedürfnisse.“ So steht er unverzagt der ferneren geblühenden Entwicklung und dem schließlichen Erfolge seiner Bestrebungen entgegen in der Ueberzeugung, daß sein Kampf der Pflege und Erweckung religiöser und sittlicher Lebens gilt.“ Dies die Hauptzüge der Erklärung unserer Mittheilungen.

Mannheim, 5. Dez. (Mannh. Z.) Das Eis des Neckars hat sich gestern Abend um 10 Uhr bei hiesiger Stadt gestellt.

Vermischte Nachrichten.

Kaiserslautern, 2. Dez. Von allen deutschen Gemeinwesen ist unsere Stadt das erste, dessen Einwohnerzahl bereits auf Grund der gestern vorgenommenen Volkszählung bekannt wird. Danach hat Kaiserslautern 17,867 Einwohner, die 3591 Haushaltungen bilden.

München, 4. Dez. Die neue Oper „Der Haisbach“ von F. v. Holstein hat bei ihrer erstmaligen Aufführung im Hof- und Nationaltheater einen sehr achtungswürdigen Erfolg errungen und entschieden angeprochen. Die Musik ist melodisch und wirkt durchgehend anregend auf das Gemüth des Hörers. Sämmtliche Hauptpartien sind von gleichmäßiger schöner Wirksamkeit und wurden von den Hrn. Kundermann, Vogel und Fischer und ten Damen Siehle, Vogel und Kaufmann zur vollstündigen Geltung gebracht. Der Komponist, ein noch junger Mann, erschien bei den Hervortritten selbst, um sich für den seinem Werke gesollten Beifall bei dem Publikum zu bedanken.

— Groß-Gerau, 30. Nov. (Köln. Z.) Die Erderschütterung, welche am 17. von dem Centrum Auerbach an der Bergstraße sich über einen Theil der Provinz Starkenburg verbreitete, sollte nicht allein bleiben, sondern nur den Anfang einer ganzen Reihe bilden, welche theilweise sogar noch in Darmstadt durch starkes Rauschen der Thüren, Fenster und Zimmergeräthe empfunden wurden. So wurden daselbst am 20., Abends 5 Uhr 45 Minuten, und am 21., Abends 9 Uhr, Bewegungen des Bodens allgemein bemerkt, ohne daß deren Wirkungsbereich bis Groß-Gerau reichte. Hier wurde eine Strömung der Erdbeben-Erscheinungen nur am Seismometer wahrgenommen, jedoch erst am 23. und 24. Nov., wo die Erschütterungen der Bergstraße bereits in der Abnahme begriffen waren. Die Zahl dieser geräuschlosen Bewegungen gelangte am 24. bis auf 6 und fiel alsdann wieder rasch auf die gewöhnliche von 1—2 täglich zurück. Der Einfluß der Mondstellung ist bei dieser Steigerungsperiode unerkennbar, obgleich es höchst auffallend erscheint, daß das Maximum von Groß-Gerau fast eine volle Woche hinter dem der Bergstraße zurückblieb.

Nachricht.

Berlin, 4. Dez. Gestern Abend ist der Prinz Friedrich Karl in Begleitung des Grafen v. Moltke, des Generals v. Werder und mehrerer anderer Militärs zur Theilnahme an dem Georgs-Ordnens-Feste nach St. Petersburg abgereist. Gleichzeitig hat auch der Prinz August von Württemberg, Kommandirender General des Gardecorps, eine Reise nach St. Petersburg angetreten. Die Nachrichten über das Befinden des Fürsten Bismarck lauten auch heute günstig. Doch ist seine volle Wiedererholung noch nicht erfolgt. Zumal bei dem jetzigen rauhen Wetter muß er noch sorgfältig das Zimmer hüten.

† Königsberg, 4. Dez. Gestern Mittag ist der letzte Dampfer, das zweijährige Eis durchbrechende, glücklich in Pillau angelangt. Die Schifffahrt sowohl für Segel- als für Dampfschiffe ist hiermit als geschlossen zu betrachten.

† Wien, 4. Dez. Die „Montagsrevue“ bespricht in einem ansehnlichen offiziellen Artikel unter der Ueberschrift: „Die Aufgabe des Ministeriums“, jene Fragen, auf deren Lösung zunächst die Thätigkeit der Regierung gerichtet sein muß. Unter diesen hebt das genannte Blatt hervor die Regelung der Wahl-Frage durch Beilegung der Wahlen in den Reichstagen von Seiten der Landtage. Als besonders notwendig wird die eventuelle Anwendung direkter Nothwahlen in Tirol und das Einschreiten gegen die Bezirksvertretungen in Böhmen bezeichnet.

† Paris, 4. Dez. Bei den gestern beendigten Ergänzungswahlen für den Municipalrath in Paris wurde der radikale Kandidat Cadet gewählt.

† Paris, 5. Dez. „Journ. officiel“ zeigt die Ernennung von Gontaut-Biron zum französischen Gesandten in Berlin an. — Eine Versailler Korrespondenz des „Journ. des Deb.“ sagt, die Majorität der Nationalversammlung scheine mit dem Wunsche zurückgekehrt zu sein, die Regierung Thiers' in konservativ-liberalen Sinne zu unterstützen; sie werde aber allen revolutionären Bestrebungen mit Festigkeit entgegenzutreten und das Land darüber nicht im Zweifel lassen.

† Versailles, 4. Dez. Nationalversammlung. Thiers und etwa 500 Abgeordnete wohnten der Sitzung bei. Nach Auslösung der Bureaur wurde die Sitzung um 4 Uhr aufgehoben. Die Prinzen von Orleans waren nicht anwesend. Morgen findet die Wahl des Präsidentenbureaus statt.

† Versailles, 5. Dez. Man versichert, die Prinzen von Anmale und Joinville würden Hrn. Thiers heute den Entschluß anzeigen, ihre Plätze in der Nationalversammlung einzunehmen, und hofft, daß sie auf den Rath Thiers' die Ausföhrung ihres Entschlusses verschieben werden. Die Präsidentschaftswahl wird heute schwerlich beendet werden, folglich findet die Verlesung der Botschaft am Donnerstag statt.

† Kopenhagen, 4. Dez. In Folge des starken Schneefalls sind den hier einlaufenden Nachrichten zufolge die Eisenbahnen auf Nordseeland, Föhnen, Bendyssef, Westjütland, sowie die Strecke Alborg-Kanbergs gänzlich unfahrbar. Die Verbindung Bandrup-Markhus-Kanbergs ist unregelmäßig. Auf der Strecke Stockholm-Malmö ist theilweise Stockung. Die Linie Kopenhagen-Korsör ist dagegen bis jetzt fahrbar geblieben.

† London, 4. Dez. Das heute Morgen 9 Uhr ausgegebene Bulletin über das Befinden des Prinzen von Wales meldet: Der Krankheitsverlauf ist befriedigend: die Nacht war etwas unruhiger, es läßt sich jedoch eine allmähliche Besserung der allgemeinen Krankheits-symptome erkennen.

† Washington, 4. Dez. (Kabel-Telegramm.) Die Botschaft des Präsidenten an den Kongress gebickt bei Besprechung der auswärtigen Politik der friedlichen Lösung der langjährigen Streitfrage mit England und dankt dem Kaiser von Brasilien, dem Könige von Italien und dem Präsidenten der Eidgenossenschaft für ihre Theilnahme am Schiedsgericht. — Der Besuch des Großfürsten Alexis sei ein Beweis für die herzlichen Beziehungen mit Russland, wenn auch die Haltung des russischen Gesandten die Forderung auf Abberufung notwendig mache. Die Botschaft fordert schleunige Erledigung der Fischei-Frage, hofft eine friedliche Regelung des Konfliktes zwischen Spanien und Cuba und betont, daß die Regierung entschlossen sei, der barbarischen Behandlung von Schiffbrüchigen in Japan und China ein Ende zu machen.

Die Botschaft gedenkt ferner der freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland und sagt: „Der Schutz der Deutschen durch die Vertreter Amerikas während des Krieges befriedigte Deutschland, ohne die Empfindlichkeit Frankreichs zu verletzen.“ Die Botschaft erwähnt mit Anerkennung die Verlegung der Hauptstadt Italiens nach Rom und den Abschluß des Vertrages mit Italien, den Schutz des Eigenthums zur See im Kriegsfall betr.

† Washington, 4. Dez. (Kabel-Telegramm.) Der Kongress hielt heute Mittag seine erste Sitzung. Die Botschaft des Präsidenten ist befürwortet die Abänderung des Zolltarifs und die Abschaffung aller inlandischen direkten Steuern, ausgenommen der Abgaben auf Alkohol und Tabak und der Stempelgebühren.

Frankfurter Kurszettel vom 5. Dezember.

Staatspapiere.	
Deutschland 5% Bundesoblig. 100 ⁰⁰	Oesterreich 4% Papierrente 49 ¹ / ₂
5% Schatzscheine 100 ⁰⁰	Russ 4 ¹ / ₂ % 49 ¹ / ₂
Preußen 4 ¹ / ₂ % Obligation. 101	Bayern 4% Obl. i. Fca. à 28 fr. 89
Baden 5% Obligationen 102 ⁰⁰	Burg 4% dto. i. Fhr. à 105 fr. 88 ¹ / ₂
4 ¹ / ₂ % „ 99 ⁰⁰	Russland 5% Oblig. v. 1870
4% „ 99 ⁰⁰	„ à 12. 87 ¹ / ₂
3 ¹ / ₂ % Oblig. v. 1842 90 ⁰⁰	5% dto. v. 1871 87 ¹ / ₂
Baden 5% Obligationen 100 ⁰⁰	Belgien 4 ¹ / ₂ % Obligation. 100 ⁰⁰
4 ¹ / ₂ % „ 99 ⁰⁰	Schweden 4 ¹ / ₂ % dto. i. Fhr. 95
4% „ 94 ⁰⁰	Schweiz 4 ¹ / ₂ % Eid. Oblig. 100
Württemberg 5% Obligation. 103 ⁰⁰	4 ¹ / ₂ % Bern. Staatsb. 99 ¹ / ₂
99 ⁰⁰	N. Amerika 6% Bonds 1882
4 ¹ / ₂ % „ 94 ⁰⁰	von 1862 97 ¹ / ₂
4% „ 94 ⁰⁰	8% dto. 1885r 97 ¹ / ₂
Nassau 4 ¹ / ₂ % Obligationen 98 ⁰⁰	5% „ von 1865 97 ¹ / ₂
4% „ 92 ⁰⁰	5% „ 1904r 95 ¹ / ₂
Sachsen 5% Obl. 103 ⁰⁰	5% „ v. 1864 95 ¹ / ₂
S. Götta 5% „ 101 ⁰⁰	3% „ 1864 92 ⁰⁰
Gr. Hessen 5% Obligation. 103 ⁰⁰	3% „ 1864 92 ⁰⁰
96	96
Oesterreich 5% Silberrente 58 ⁰⁰	91
Russ 4 ¹ / ₂ % 58 ⁰⁰	

Aktien und Prioritäten.	
Badische Bank 134 ⁰⁰	Hess. Ludwigsb. Pr. i. Fhr. 101 ⁰⁰
Frankf. Bank à 500 fl. 3% 138 ⁰⁰	Böhm. Westb. Pr. i. Fhr. 80 ⁰⁰
Bankverein à Fhr. 100 40 ⁰⁰	Österr. Pr. i. Fhr. 81 ⁰⁰
Einz. 124 ⁰⁰	„ „ 2. Em. 80 ⁰⁰
Bereinstaffe m. fl. 100 126 ⁰⁰	„ „ dto. steuerf. neue 88
Darmstädter Bank 462 ⁰⁰	„ „ (Reumarkt-Rieb) 88
Deff. Nationalbank 810 ⁰⁰	„ „ Pr. i. Fhr. steuerf. 85 ⁰⁰
Defferr. Credit-Aktien 320 ⁰⁰	„ „ Pr. i. Fhr. v. 67/68 77 ⁰⁰
Stuttarter Bank-Aktien 109 ⁰⁰	„ „ Pr. i. Fhr. v. 1869 77 ⁰⁰
4 ¹ / ₂ % „ 145 ⁰⁰	„ „ Pr. i. Fhr. v. 1869 77 ⁰⁰
4 ¹ / ₂ % „ 141 ⁰⁰	„ „ Pr. i. Fhr. v. 1869 77 ⁰⁰
4% „ 194 ⁰⁰	„ „ Pr. i. Fhr. v. 1869 77 ⁰⁰
4% „ 187 ⁰⁰	„ „ Pr. i. Fhr. v. 1869 77 ⁰⁰
3 ¹ / ₂ % „ 80 ⁰⁰	„ „ Pr. i. Fhr. v. 1869 77 ⁰⁰
5% „ 395 ⁰⁰	„ „ Pr. i. Fhr. v. 1869 77 ⁰⁰
5% „ 204 ⁰⁰	„ „ Pr. i. Fhr. v. 1869 77 ⁰⁰
5% „ 221 ⁰⁰	„ „ Pr. i. Fhr. v. 1869 77 ⁰⁰
5% „ 244 ⁰⁰	„ „ Pr. i. Fhr. v. 1869 77 ⁰⁰
5% „ 260 ⁰⁰	„ „ Pr. i. Fhr. v. 1869 77 ⁰⁰
5% „ 165 ⁰⁰	„ „ Pr. i. Fhr. v. 1869 77 ⁰⁰
5% „ 259 ⁰⁰	„ „ Pr. i. Fhr. v. 1869 77 ⁰⁰
5% „ 212 ⁰⁰	„ „ Pr. i. Fhr. v. 1869 77 ⁰⁰
5% „ 185 ⁰⁰	„ „ Pr. i. Fhr. v. 1869 77 ⁰⁰
5% „ 110 ⁰⁰	„ „ Pr. i. Fhr. v. 1869 77 ⁰⁰

Anleihe- und Prämienanleihen.	
Bayr. 4% Prämien-Anl. 112 ⁰⁰	Deff. 4% „ 1854 79 ⁰⁰
Badische 4% „ 111 ⁰⁰	„ „ 1860 87 ⁰⁰
3% „ 70 ⁰⁰	„ „ 1864 140 ⁰⁰
Prämien-Anl. 20-Fhr.-Loose 19 ⁰⁰	„ „ 10-Fhr.-Loose 12
Größ. Hessische 20-Fhr.-Loose 186 ⁰⁰	„ „ 10-Fhr.-Loose 8 ⁰⁰
25-Fhr.-Loose 50 ⁰⁰	„ „ 10-Fhr.-Loose 6
Ansbach-Gunzenhausen-Loose 12	

Wechselkurse, Gold und Silber.	
Amsterdam 100 fl. 3% t.S. 99 ⁰⁰	Preuß. Friedrichsd'or fl. 9.56—59
Berlin 60 Fhr. 4% 106	„ „ 9.40—42
Bremen 50 Fhr. 3% 96	„ „ 9.53—55
Hamburg 100 M. 4% 87 ⁰⁰	„ „ 5.33—35
London 10 Pf. 3 ¹ / ₂ % 118 ⁰⁰	„ „ 9.18 ¹ / ₂ —19 ¹ / ₂
Paris 200 Fhr. 3% 91 ⁰⁰	„ „ 11.47—49
Wien 100 fl. 3% 99 ⁰⁰	„ „ 9.42—44
Disconto 1.5.	4% Dollarcoupon 2.24 ¹ / ₂ —25 ¹ / ₂
Stimmung: Kau.	

Berliner Börse. 5. Dez. Kredit 182⁰⁰; Staatsbahn 226; Lombarden 117, 82er Amerikaner 93⁰⁰.

Wiener Börse. 5. Dez. Kredit 321⁰⁰; Staatsbahn 396⁰⁰; Lombarden 204⁰⁰; Silberrente —; Napoleonsd'or 9.33; Anglobankaktien —.

Paris, 4. Dez. Anleihe 92.35, 3% Rente 57.30, Italiener 66.80, Staatsbahn 876, Lombarden 491.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Kroenlein.

Theater in Baden.

Mittwoch 6. Dez. Medea, tragische Oper in 3 Akten, von Cherubini. Anfang 7¹/₂ Uhr.

Pfälzer Bankverein in Mannheim.

Constituirt am 25. November 1871.

Actiencapital erster Emission
Vier Millionen Thaler

in 20,000 Actien zu 200 Thaler.

Aufsichtsrath:

- | | |
|---|----------------------|
| Herr Carl Ladenburg (vom Hause W. H. Ladenburg & Söhne) | } in Mannheim. |
| Wm. Köster (vom Hause Köster & Cie.) | |
| F. von Ploos van Amstel (vom Hause Gebr. Zimmern) | } in Karlsruhe. |
| Adolph Schwinn (vom Hause Roth, Heck & Schwinn) in Irheim, Verwaltungsrath der Pfälz. Ludwigsbahn. | |
| Gutsbesitzer C. L. Golsen in Zell, Reichstagsabgeordneter und Verwaltungsrath der Pfälz. Ludwigsbahn. | } in Frankfurt a. M. |
| F. L. Böcking, bayrischer Reichsrath, in Landau. | |
| Max Lippmann (vom Hause Lippmann & Birnbaum) in Ludwigshafen. | } in Nürnberg. |
| Corn. W. Heyl (vom Hause Corn. Heyl) in Worms. | |
| Alb. Haas (vom Hause Gebr. Haas) | } in Frankfurt a. M. |
| Georg Müller (vom Hause G. Müller & Cons.) | |
| Herm. Andreas, Director des Frankfurter Bankvereins | } in Berlin. |
| M. S. Beyfus (vom Hause L. von Steiger & Cie.) | |
| E. Kassel, Director des Frankfurter Bankvereins, | } in Nürnberg. |
| Carl Mallmann (vom Hause Jac. Mallmann) | |
| Louis Ritter von Marx, Verwaltungsrath der k. k. priv. allg. Oesterreich. Boden-Credit-Anstalt | |
| Berthold Bensemänn, Aufsichtsrath des Berliner Bankvereins, | |
| Lothar von Faber, Präsident des Aufsichtsrathes der Nürnberger Vereins-Bank, | |

Von dem obenwähnten, durch die Gründer fest übernommenen Aktiencapital von Vier Millionen Thaler bringen dieselben zur Begebung in fünfzehn Tausend Actien von je zweihundert Thaler mit 40 % Einzahlung zum Course von 110 % (mit Zinsrechnung à 5 % vom 20. Dezember anfangend).

Anmeldungen werden

Mittwoch den 6. Dezember d. J.

in den üblichen Geschäftsstunden entgegengenommen:

in Frankfurt a. M.
Berlin
Mannheim

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

bei dem Frankfurter Bankverein,

dem Berliner Bankverein,

Herrn W. H. Ladenburg & Söhne,

Köster & Cie.,

Gebr. Zimmern,

Herrn Sal. Maas,

Friedrich Möser,

J. M. Bernion,

Fr. Roll,

den dortigen Volksbanken,

Herrn J. F. Haid,

dem Vorschuss- & Kreditverein,

den dortigen Vorschussvereinen,

Herrn Gebr. Haas,

Herrn Ed. Koelle,

Herrn G. Müller & Cons.

Herrn Veit L. Homburger,

Herrn Dörtenbach & Cie.,

der Kgl. Württ. Hofbank,

Herrn Jos. von Hirsch,

der Nürnberger Vereinsbank.

Herrn Bischoff zu St. Alban,

Herrn von Speyr & Cie.

Für den Fall, daß der zur Begebung bestimmte Betrag durch die Anmeldungen überschritten wird, ist Reduction vorbehalten. Mit der Anmeldung ist eine Caution von 10 % in baar oder in börsengängigen guten Werthpapieren zu deponiren, welche bei dem Bezug zurückgegeben, resp. verrechnet wird.

Der Bezug der zugetheilten Stücke hat am 20. Dezember d. J. an der Anmeldestelle zu erfolgen. Bis zu der später bekannt zu machenden Ausgabe der Interimscheine über 40 % Einzahlung, welche mit Dividenden-Coupons versehen sind, vertreten die von dem Pfälzer Bankverein ausgefertigten Certificate deren Stelle.

Anmelde-Scheine und Statuten können an den obenbezeichneten Stellen in Empfang genommen werden.

Den 2. Dezember 1871.

Die Gründer des Pfälzer Bankvereins:

W. H. Ladenburg & Söhne in Mannheim,
Köster & Co. in Mannheim,
Gebr. Zimmern in Mannheim,
Josef Benzino in Landstuhl,
J. M. Bernion in Germersheim,
F. L. Böcking, Bayr. Reichsrath, in Landau,
Louis Böcking in Kaiserslautern,
Dingler'sche Maschinenfabrik in Zweibrücken,
A. L. Golsen in Zell,
Corn. W. Heyl in Worms,
Gebr. Krämer in St. Ingbert,
Lippmann & Birnbaum in Ludwigshafen,

Roth, Heck & Schwinn in Irheim,
J. Schön, Director der Kammgarn-Spinnerei in Kaiserslautern,
Gebr. Haas in Karlsruhe,
Ed. Koelle in Karlsruhe,
G. Müller & Cons. in Karlsruhe,
Frankfurter Bankverein in Frankfurt a. M.,
Berliner Bankverein in Berlin,
Wiener Bankverein in Wien,
Josef von Hirsch in München,
Nürnberger Vereinsbank in Nürnberg,
Dörtenbach & Cie. in Stuttgart.